

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

12.5.1919 (No. 131)

Karlsruher Tagblatt

Werbung:
In Karlsruhe frei ins
Haus geliefert, Preis
jährlich 4.50 M., mo-
natlich 1.50 M., an-
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.50 M.
Ansprüche durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 4.50 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.

Anzeigen:
die geistl. Nonpareille-
zeile oder deren Raum
25 Pf., Restliches 1 M.,
an erst. Stelle 1.20 M.,
auf die Briefe
30% Erzeugniszuschlag.
Abend nach Carl.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Vernichtungsstücke:
Geschäftsstelle Nr. 206,
Berlin Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Gustav Respert; verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für Baden, Völkerei und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Verfassung: Carl Seifemeyer; für Inzerate Paul Kaufmann.
Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner
Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erloszt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 12. Mai 1919

Nr. 131.

Der „Wilsonfrieden“.

Von Dr. Ludwig Haas.

„Rein Volk darf unter eine Staatsgewalt gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht.“

Die Völker können heute nur mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Selbstbestimmung ist keine leere Redensart.“

So sprach Wilson am 9. Juni 1917 und am 12. Februar 1918.

Sollte Wilson die reservatio mentalis gemacht haben, daß das nicht gilt für die Deutschen im Saargebiet, für die Deutschen, die man jetzt ohne Volksabstimmung polnisch macht, für die Deutschen in Kehl.

Aber Wilson hat ja auch gesagt, daß er für die Rechte aller Nationen, das deutsche Volk nicht ausgenommen, kämpfe. Noch mehr: „Wir sind bereit, bei der Schlußabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit Deutschland ebenso ehrlich zu verfahren, wie mit den anderen Mächten.“ So sprach Wilson am Jahresstage der amerikanischen Kriegserklärung am 6. April 1918.

Läßt Wilson diesen Frieden zu, dann wäre es für seinen Ruf besser, wenn er zynisch erklärt, alle seine Worte seien leere Redensarten gewesen, nicht ernst gemeint, berechnet zur Täuschung der Welt.

Wir können uns nicht denken, daß der Präsident eines großen ehrenhaften Volkes so mit seinem Ruf und dem Ansehen seiner Nation spielt. Hochglaubwürdig, daher bei den weiteren Verhandlungen auch für das Reich Deutschlands und damit für seine eigene Ehre eintritt. Dieser Friedensvorschlag muß ihm abgezwungen sein. Es ist nicht möglich, daß ein Mensch sich so in Widerspruch setzt mit feierlich ausgesprochenen Grundgedanken. Wie hätte die Weltgeschichte ähnliches erlebt.

Man lese die Reden und Kundgebungen Wilsons. Der Friedensvorschlag der Feinde schlägt jedem Wort Wilsons ins Gesicht. Er kann den Vorschlag nicht bedenken.

Nicht das schafft die Empörung in Deutschland, daß man uns brutal vermagtilligen will. Wir sind besiegt und nicht zum ersten Male büßt in der Weltgeschichte ein besiegtes Volk. Aber daß Treu und Glauben überhaupt nicht mehr gelten sollen, das schafft die Stimmung maßloser Erbitterung.

Es gibt für Deutschland nur eine Rettung: den Frieden, wenn er nicht in seinen Grundlagen geändert wird, ablehnen! Komme, was kommen mag! Es ist ein Irrtum, an die Folgen zu denken; denn es gibt nichts Furchtbareres, als diesen Frieden. Das muß die erste Forderung sein; was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Für uns gilt das Wilsonsche Wort: „Völker und Länder sollen nicht von Oberherrlichkeit zu Oberherrlichkeit verschachtet werden.“

Das Saargebiet muß deutsch bleiben; was deutsch ist im Osten, muß deutsch bleiben und Kehl muß deutsch bleiben. Deutsch-Oesterreich muß das Recht völlig freier Selbstbestimmung erhalten.

Auch jede verschleierte Annexion ist unerträglich für uns.

Es ist ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit, daß man rein deutsche Gebiete ohne jede Volksabstimmung fremder Staatshoheit zuführt, und daß man dort, wo vielleicht das Abstammungsergebnis für die anderen Vorteile bringt, mit der Volksabstimmung arbeiten will. Es ist eine Brutalität, Menschen erst Jahre lang zu knechten und dann abstimmen zu lassen.

Und weiter: Dieser Friedensvorschlag kennt die verschiedensten Methoden der Volksabstimmung; selbst dem Abstimmungsergebnis will man Gewalt antun. An die Stelle des Prinzips, das überall und für alle leicht sein müßte, tritt die Willkür. Rein Abdeutschung hat jemals den Gedanken der Volksabstimmung so verhöhnt, wie dieses Dokument.

Ein klares „Nein“ muß Deutschland sprechen gegen den Versuch, uns für die Dauer wehrlos zu machen. Wir wollen ehrlich eine Rüstungsbeschränkung. Man führe sie durch, so wie Wilson am 8. Januar 1918 es forderte: „Aus-tausch ausreichender Garantien dafür, daß die staatlichen Rüstungen auf das kleinste mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß beschränkt werden.“ Wenn man uns einseitig zur Abrüstung zwingt, macht man uns zu Sklaven.

Unannehmbar ist ein Frieden, der uns die Dolchsteiche raubt.

Die wirtschaftlichen Forderungen des Vorschlags müssen wir ablehnen, weil wir keine Schwinder sind, die etwas versprechen, was sie niemals halten können. Wir müssen die anderen, die offenbar ihren Völkern noch nicht die nackte Wahrheit sagen wollen, zur Wahrheit zwingen. Es war bereit auch bei uns die unglückliche Lüge verbreitet, daß uns die Feinde die Kriegslasten abnehmen können und abnehmen werden. Sie müssen auf der anderen Seite erkennen, daß Deutschland, das kaum das Brot begahnen kann, das es einführen muß, nur in

den bescheidensten Grenzen zu Leistungen an das Ausland fähig ist.

Es kann aber auch keine deutsche Regierung einen Frieden unterschreiben, der dauernd wirtschaftliches Siechtum bedeutet.

Ich weiß, daß auch die wirtschaftliche Lage unserer europäischen Feinde unendlich schwer ist. Aber sie müssen erkennen, daß es nur eine Rettung für das zusammenbrechende Europa gibt: Ein wahrer Völkerbund, der auch eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einleitet und durchführt. Damit, daß sie Deutschland verflauen und zerstören, werden sie nicht reicher, sondern

ärmer und unserem Zusammenbruch folgt der ihre mit der Sicherheit eines Naturgesetzes.

Unannehmbar muß für uns auch dann der Frieden sein, wenn er uns vom Völkerbund ausschließt. Sie mögen Bündnisse des alten Systems miteinander schließen. Das ist ihr gutes Recht. Unerrätlich aber wäre es, daß wir einen Völkerbund anerkennen sollen, bei dem wir als Parias, als Volk dritter Klasse vor der Tür stehen. Das alte Deutschland hat die Gedanken der Völkerbundverhandlung nicht begreifen wollen; das neue Deutschland sieht im Völkerbund den noch einzigen, möglichen Weg zur Rettung der Welt. Deswegen muß von uns rücksichtslos das Wil-

sonsche Wort vertreten werden: „Der wesentliche Grundgedanke des Friedens ist die wirkliche Gleichberechtigung der Völker in allen Angelegenheiten des Rechts.“

Deutschland steht vor der Vernichtung. Dieser Frieden wäre sein Tod. Zum Außerirdischen muß jetzt das deutsche Volk entschlossen sein. Nur jetzt kein Kleinmut und kein jämmerliches, armseliges Reden. Ein paar Verbesserungen auszuführen, darf nicht das Ziel sein. Es kann nur ein Kampf der pazifistischen Idee mit den Gedanken der Gewalt sein. Da gibt es nur ein „Entweder — oder.“

Gegen den Gewaltfrieden!

Am die Deutsche Demokratische Partei in Baden.

Der unerhörte Gewaltfrieden, mit dem unsere Feinde das deutsche Volk erdrücken wollen, hat bereits nach dem Bekanntwerden seines wesentlichen Inhalts die einmütige und empörte Ablehnung aller Kreise unseres Volkes gefunden und hat selbst im neutralen Ausland schärfsten Widerspruch hervorgerufen.

Auch Baden ist nicht zurückgeblieben. Sowohl die badische Regierung, als auch die badische Volksvertretung durch ihren Präsidenten haben Protest erhoben, insonderheit auch gegen die weitere Besetzung der Stadt Kehl und des Hanauer Landes.

Die badische Demokratie schließt sich diesem Protest einmütig an. Sie bezieht den Friedensentwurf unserer Feinde, soweit er bis jetzt bekannt geworden ist, in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung als unerfüllbar, unerträglich und unannehmbar.

Der in dem Entwurf zum Ausdruck kommende brutale Vernichtungswille unserer Feinde legt unserem Volk die Verpflichtung auf, in diesen schweren Stunden deutscher Geschichte sich wie ein Mann zu erheben, alle inneren Zwistigkeiten und Parteinteressen zurückzustellen und seine ganze Kraft zusammenzurufen, um einen Frieden zurückzuweisen, der Deutschlands Ehre mit Füßen tritt und das deutsche Volk auf Menschenalter hinaus verflaut.

In der Ueberzeugung, daß der einmütige Wille des gesamten Volkes zum Ausdruck kommen wird, hat die badische Demokratie zur Reichsregierung und zum deutschen Reichstag das Vertrauen, daß sie den schmählichen Zumutungen der Feinde gegenüber den Weg finden werden, der es uns ermöglicht, unter Wahrung der nationalen Ehre und Würde als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu beginnen.

Karlsruhe, den 10. Mai 1919.
Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.

Die Taktik der 14 Tage.

Nach dem furchtbaren Schlag des 7. Mai fühlt sich die deutsche Delegation in Versailles außerstande, selbstständig und allein verantwortlich vorzugehen. Die nächsten Entscheidungen liegen bei der Berliner Regierung und der Nationalversammlung. Man hätte sich in der Lauf der Dinge in der Weise denken können, daß Graf Brockdorff-Rantzau sofort nach Kenntnis der ungeheuerlichen Hauptbedingungen, etwa in einem schriftlichen Protest an Clemenceau erklärt hätte: Ich nehme die Rede, die ich allzu vertrauensvoll vor der Überreichung des Friedensentwurfes gehalten habe, zurück. Ich weigere die Entgegennahme dieser tollen Überreibungen, die ich nicht kannte. Ich reise ab und empfehle der deutschen Regierung, sofort die politischen Folgen aus dieser unerträglichen Lage zu ziehen.

Tatsächlich haben einzelne Mitglieder der Delegation unter dem ersten niederdrückenden Eindruck so gehandelt. Reichsminister Giesberts, der katholische Arbeiterführer, soll geäußert haben, er sehe nur noch einen Ausweg: Sofortigen Friedensschluß mit Rußland und Sezanziehung der bolschewistischen Truppen für Deutschland. Aber das war wohl nur der erste Born. Zu solchem schicksalsschweren Entschluß wäre doch noch einige Zeit der Überlegung gegeben. Zum mindesten 14 Tage. Soviel gewährt Clemenceau gnädigst. Innerhalb dieser zwei Wochen kann Deutschland einen schriftlichen Protest einreichen. In Clemenceau sprach ausdrücklich von schriftlichen Verhandlungen, und dies ist immerhin ein Beweis, daß das grauenhafte Gewalt- und Raubgebäude des Entwurfes eine Höchsthochforderung darstellen soll, von der man dies und jenes sich vielleicht abhandeln lassen will. Dies und jenes! Darin liegt eben die ungeheure Schwierigkeit des schriftlichen Vorgehens. Auf dem Papier läßt sich gewiß auseinandersetzen, daß hier eine Zahl heller Wahnwitz, dort eine Grenzführung unhaltbare Torheit sei. Aber die ganze Vernichtungspolitik dieses grauenhaften Friedensinstrumentes, der schreiende Widerspruch zum Wilsonprogramm läßt sich nur mündlich dazum.

Eine Verhandlung über die Grundlagen des Friedens, zu denen sich doch die gesamte Entente beim Waffenstillstand bekannt hat, läßt sich nur in persönlicher Aussprache finden. Und dazu muß es kommen. Es gehört zur diplomatischen Kunst, dies zurzeit fast unmöglich Erreichende möglich zu

machen. Die historischen 14 Tage, die nun begonnen haben, dürfen nicht mit Studien und Protokollversammlungen hingezogen werden. Unendlich Wichtiges ist zu tun. Den Inhalt des Gewaltfriedens kennt man ja seit Monaten. Wir haben nur nicht geglaubt, daß alles, aber auch alles, was eine vorwichtige Pariser Presse ankündigte, zur entscheidenden Tatsache dieses amtlichen Dokuments werden könnte.

Die verschiedenen Ausschüsse der deutschen Delegation in Versailles haben über fast alle Punkte, die man erhob, ausführliche Gutachten ausgearbeitet. Das Material zur schriftlichen Verhandlung ist also vorhanden, und es gilt, die Arbeit der so zahlreichen Sachverständigen nun diplomatisch auszuwerten. Hoffentlich werden der Delegation dabei nicht die Hände durch die Heintat gebunden. Es liegt eine Gefahr darin, daß allzu viele Instanzen und Organisationen das Wort haben: der Friedensauschuss, das Kabinett, die Nationalversammlung, die preussische Kammer, die Fraktionen, die politischen Vereine, die Banken und das Heer von Demonstrationsversammlungen, das wir jetzt nachsichtlos erleben werden. Innerhalb der 14 Tage läßt sich das alles nicht machen, und es wäre gut, wenn man überall etwas Zurückhaltung üben möchte.

Aber den Charakter des Clemenceauschen Friedens sind wir ja alle einig. Kein Deutscher, auch der innerpolitisch radikalste nicht, sieht in diesem Machwerk des Siegesdeutschens etwas anderes als das Todesurteil für Deutschland. Aber gerade, weil eine so allgemeine erzieuliche Uebereinstimmung herrscht, sollten wir nicht allzu viele Säle mit dem Wortschwall von Protestreden erfüllen. Dem verblendeten Gegner imponiert es nicht und der Regierung erschwert es die Aufgabe. Wenn man sich überlegt: Wer möchte in der Haut der Männer stehen, die jetzt dem Grafen Brockdorff zu sagen haben, was er tun soll? Eine Dentnerlast von Sorgen muß diese wenigen wirklich Verantwortlichen drücken. Sie dürfen die Verantwortung nicht auf die Nationalversammlung überwälzen. Denn deren Beschluß wird ja nicht auf Ablehnung oder Annahme, sondern auf Verhandlung um jeden Preis lauten. Die Männer der Regierung müssen vielmehr die neuen Anweisungen für die Versailles Delegation so aufstellen, daß ganz klar wird, was wir wollen, wie weit wir gehen können, wozu wir im schlimmsten Falle entschlossen sind. Noch wie seit Menschengedenken haben einige führende Leute das nächste Schicksal ihrer Nation so in Händen gehalten. Die größte und schwerste Stunde Deutschlands beginnt. Auch im demokratischen und sozialistischen Staate liegt die Entscheidung bei dem Können einiger Wenigen.

Kundgebungen und Besprechungen in Berlin.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Aus allen Teilen des Reiches und aus allen Schichten des Volkes und aus allen Parteien, von den streng konservativen bis zu den radikalsten Sozialdemokraten, kommen die Kundgebungen an die Reichsregierung, in denen unbedingt Ablehnung des uns von den Feinden entgegen den ursprünglichen Vorschlägen Wilsons zugemuteten Schmach- und Vernichtungsfriedens gefordert wird. Heute nachmittags 3 Uhr wird in der Aula der Berliner Universität unter dem Bilde Friedrichs, der dem vaterländischen Volke die Wiedergeburt predigt, Regierung und Nationalversammlung das Wort haben. Auch hier wird Einmütigkeit und Entschlossenheit aller Volksvertreter vor der ganzen Welt unseren Gegnern zurufen, daß ihre ungeheuerlichen Friedensbedingungen nichts anderes sind als eine neue Kriegserklärung, als eine Verewigung des Kriegszustandes zwischen den Völkern und eine Kampfanlage an die Ideen des Rechtes und der Demokratie, der Selbstbestimmung und Freiheit, wogegen jedoch die ganze leidende Menschheit letzten Endes sich solidarisch erklären und den Endzirkel über den raubgierigen Kapitalismus und Imperialismus der Angelfischen erringen wird.

Das Kabinett hielt gestern eine Sitzung ab, in der die Friedensverhandlungen erörtert wurden. Es wird von jetzt an jeden Tag zusammen treten, um die Fragen zu erledigen, die sich aus den ständigen Beratungen in Berlin und Versailles ergeben. Die Fraktionen der Nationalversammlung werden teilweise heute vormittag erneute Besprechungen abhalten. Man denkt, daß nach der heutigen Nachmittagsitzung der Nationalversammlung das Plenum vorläufig verlagert werden wird. Die Mitglieder des Friedensauschusses werden aber in Berlin bleiben, um jeden Augenblick zusammentreten zu können.

Zwei Noten der Entente.

Versailles, 10. Mai. Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, die die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilungen möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festlegung der Vertragsbestimmungen händig von den Grundrissen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgezeichnet worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, anzufechten zu erlauben. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie uns.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarungen vom 5. Oktober bis 5. November v. J. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Artikel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckeremplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird von der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesem Bunde nicht überflüssig, sondern ausdrücklich im 2. Absatz des 1. Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie uns.

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, die sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesfassung als Teil des gesamten Vertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches, noch als eingeladenes Mitglied dem Bunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

Eine charakteristische englische Stimme.

Amsterdam, 11. Mai. Der Pariser Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet seinem Blatte, ein hervorragender Sozialist habe ihm gegenüber den Friedensvertrag als ein zweites Brest-Litowsk und als einen rein imperialistischen Vertrag bezeichnet. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß er die 15 Jahre, die in ihm eine so wichtige Rolle spielen, überdauern werde. Eher sei man versucht, von 15 Monaten zu sprechen.

Pariser Pressestimmen.

Versailles, 12. Mai. Die beiden ersten Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau an Clemenceau wurden heute von der französischen Presse akzeptiert mit Clemenceaus Antworten veröffentlicht. Die vorliegenden Verhandlungen stellen übereinstimmend fest, daß Graf Brockdorff-Rantzau in keiner der beiden Noten erklärt, Deutschland werde nicht unterzeichnen. Man müsse also auf Verzicht der deutschen Delegation sich beschränken, jeden Vertragspunkt einzeln zu erörtern oder durch Gegen-vorschläge zu ersetzen.

„Matin“ meint: Deutschland denkt nicht daran, nicht zu unterzeichnen, denn die Alliierten seien einig und die Nichtunterzeichnung würde für Deutschland die schlimmsten Folgen haben.

„Reit Parisien“ schreibt: Diesem ersten Schachmüßel würden weitere folgen.

Das „Journal“ glaubt, daß die deutsche Delegation die Friedenskonferenz unausgerüstet mit Schriftstücken bombardieren werde. Clemenceaus Antwort sei laotisch. Der Guericillaführer der Nationalen Front der Schwachen und unter den aarischen Umständen biete er die einzige Aussicht, eine Lücke in dem Konser zu finden. Die deutsche Einwand, daß der Vertrag mit den Grundrissen des Präsidenten Wilson nicht übereinstimme, sei durch Clemenceau alant erlebbar. Dancoren sei Clemenceaus

Antwort auf das zweite Traument, für welches Graf Brodorski-Ranbau Gegenentschlüsse angekündigt werden, weniger entscheidend, denn es sei freilich, wo die grundsätzlichen Grörterungen aufhören und die Einzelheiten anfangen, und diese Unbestimmtheit werde man auf deutscher Seite ausnützen. Nebenbei habe Graf Brodorski-Ranbau seine Anträge sofort begonnen und den schwachen Punkt sofort entdeckt, daß man den Völkerverbund zur Grundlage eines Gebäudes mache, deren Grundmaße er sein müsse. Clemenceaus Antwort sei gerichtet, aber nur eine Ausflucht, denn sie zeige, wie man diesen schwachen Punkt abändern könne, bestritten aber sein Vorhandensein nicht. Deutschland werde zweifellos antworten und die Grörterungen würden fortbauern, bis die Alliierten Halt rufen würden. Da Präsident Wilson bald abreisen müsse, könne man diese Verschleppung nicht zulassen. Hüten und Widerprühe würden bei der Abfassung des endgültigen Vertrages berichtigt werden. Der Friedensvertrag sei mehr eine Inhaltsangabe dieses endgültigen Friedens.

„Echo de Paris“ meint: Deutschland strebe zwar, werde aber unterzeichnen und den Vertrag, wenn auch unter Umständen, durchführen. Seine jetzigen Pläne seien nur Protokollentwürfe. Die stille Hoffnung der Feinde spreche der „Bormärts“ aus, indem er sage, lassen wir einige Zeit verstreichen. Wenn die Welt nicht mehr um Frankreich eckelt, ist, wird die Stunde eines echten deutsch-französischen Aneinanderstoßes schlagen.

Von demselben Gesichtspunkte ausgehend, ermahnt der „Ainero“ die Alliierten, ihre Voraussetzungen auf Beachtung der Ausführungen des Vertrages mit Deutschland zu verpönnen.

Gené, der gestern in der „Victoire“ zugegeben hat, daß der Vertragsentwurf in zwei Punkten mit Wilsons Grundföhen nicht übereinstimmt, ist heute ächter aufgebracht darüber, daß die deutsche Delegation es wagt, in der ersten Note zu behaupten, der ihr angebotene Friede sei nicht der verkündete Wilsonfriede.

Die sozialistische Presse brint noch keine Beschlüsse. Cadin beleuchtet in der „Sumanité“ nochmals die Frage, ob Deutschland unterzeichnen werde oder nicht. Er zitiert die Erklärung Kautskus in der „Freiheit“. Man solle unterzeichnen und sich darauf verlassen, daß letzteres Wohlverhalten zu einer Revision des Vertrages führen werde, und kommt gegenüber dem früheren Einbruch der „Sumanité“ gegen einen Gewaltfrieden auffallend gemäßigter auf der Moskauer Konferenz. Kautskus hat in dieser für Deutschland schweren Stunde weise.

Wilson's „aktive“ Mitarbeit.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Versailles, 12. Mai. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß die Antwort Clemenceaus auf die deutsche Note unter der persönlichen und aktiven Mitarbeit Wilsons abgefaßt worden sei. Er meint weiter in einem Artikel über den Notenwechsel, man dürfe jetzt den Frieden des Rechtes nicht länger hinausschieben, und das täte man, wenn man den Deutschen erlaube, alle einzelnen Punkte des Vertrages zu erörtern.

Rotterdam, 11. Mai. Nach einer drahtlosen Meldung aus Washington erföhrt die „United Press“ aus guter Quelle, daß Wilson nicht vor Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Amerika zurückkehren wird. Er wird mit der Post oder telegraphisch die Wochenschrift an den Kongreß senden, worin er die verschiedenen Fragen anführt, über die der Kongreß in erster Linie beraten muß. Der Friedensvertrag und der Vorschlag zu einem Bündnis zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien wird dem Kongreß vorgelegt werden, nachdem Deutschland unterzeichnet hat.

Paris, 10. Mai. Pariser Mäpfer erfahren aus Neu-York, daß Wilsons Verprechen, ein Verteidigungsbündnis mit England und Frankreich dem Senate vorzuschlagen, viel besprochen wird. Senator Hitchcock hat erklärt, dieser Plan werde im Senat starken Widerstand finden. „New-York Tribune“ meint, Frankreich habe natürlich Anrecht auf besondere Unterstüzung. Diese könne auch auf jede andere zu Anrecht bedrohte und angegriffene Nation ausgeübt werden. Hätte es 1914 solche Abmachungen gegeben, so hätte dieser Krieg nicht stattgefunden.

Die deutschen Gefangenen. — Internationales Arbeiterrecht.

Verailles, 10. Mai. Graf Brodorski-Ranbau befügt heute in einer Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, den der deutschen Friedensdelegation übergebenen Vertragsentwurf bezüglich der Heimführung der deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen und ersucht, die Einzelheiten über diese Frage an eine besondere Kommission zu verweisen.

Wegen der großen Schwierigkeiten der technischen Durchführung der Heimführung der Kriegs- und Zivilgefangenen, namentlich angeht die Knappheit des Schiffsraumes und wegen des Kohlemangels, müße größter

Wert darauf gelegt werden, daß alle Vorfagen bis zum erdgültigen Beginn des Abtransportes bereits gefaßt seien. Die deutsche Friedensdelegation schlägt daher vor, die kommissarischen Beratungen über die Kriegs- und Zivilgefangenen bereits jetzt, getrennt von dem übrigen Fragenkomplex, beginnen zu lassen.

In einer weiteren Note übergab Graf Brodorski-Ranbau den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationale Arbeiterrechte, der über die im Abschnitt XIII des Entwurfes der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Forderungen hinausgeht und der im Deutschen Reich in anerkannt vordbildlicher Weise mit Hilfe der Arbeiterkammer jenseit schon durchgeführt ist. Zur Mitwirkung an der Gestaltung dieser Bestimmungen sei es notwendig, daß während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles berufen werden.

Schweizer Forderungen für die Rheinischfahrt.

Berlin, 11. Mai. Nach einer amtlichen Mitteilung der Schweizerischen Delegierten-Kommission der Schweizerischen Delegation in Paris der Kommission für internationale Häfen, Schiffsfahrtswege und Eisenbahnen folgende Forderungen an der Schweiz unterbreitet:

Die Schweiz verlangt als Rheinverpflichtung an den Verhandlungen über die Revision der Rheinischfahrtsverträge von 1868 teilzunehmen, ebenso bei sämtlichen Verhandlungen über die Revision der internationalen Schiffsfahrtsverträge. Sie verlangt, daß von heute an alle Artikel der Rheinischfahrtsverträge, die dem Interesse der Rheinischfahrt entgegenstehen, gerichtet sind, abgeändert werden. Alle Häfen soll den Rheinfahrern gleichberechtigt werden. Alle Brücken, Bauten am Rhein sind unzerstörbar dem Schiffsfahrtsbedürfnis anzuweisen auf unbedingten Schiffsfahrts für alle Klassen von und nach Basel. Die geringste Fahrhohheit des Rheins muß bei Basel für mindestens 300 Tonne im Jahr mindestens 2 Meter betragen. Alle Hindernisse der früheren Abwehrschiffahrt unterhalb Basels müssen beseitigt werden, so vor allem Festungen. Derartige Neubauten dürfen nicht mehr angelegt werden. Ferner beantragt die Schweiz die Anerkennung des Rechts auf freien Zugang zum Meere und dementsprechend auf freie Schiffsahrt auf den internationalen Schiffsfahrtswegen in Kriegs- und Friedenszeiten. Das Recht der internationalen Stromschiffahrt muß deshalb unter der Kontrolle des Völkerverbundes, den Interessen der gegenwärtigen Zivilisation entsprechend ausgebaut werden, ungeachtet des von der Schweiz verlangten Rechts auf freien internationalen Eisenbahntransport.

Profestundgebungen im Reich.

Die Parteien.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 12. Mai. Die Deutsche Demokratische Partei veranlaßte auf dem Tempelhofer Felde gestern eine stark besuchte Profestversammlung gegen den uns angebotenen Gewaltfrieden. Der Redner führte aus, dieser Friede sei der Tod des Antriebskraftes Deutschland und der schwerste Schlag für die Arbeiterklasse. Das deutsche Volk könne unmöglich diesen Selbstmord an sich selbst vollziehen. Es bleibe nichts anderes übrig, als einen Aufruf an die Menschheit zu richten. Eine 4000 Beamte hielten im Circus Wäld eine Versammlung ab, in der ebenfalls gegen die unerbittlichen Friedensbedingungen infolge der Nichterhaltung der Wilsonschen Bedingungen protestiert wurde. Der Deutschland vorerklärte Friede erzeuge das, daß sich ein Volk finden müße. Die Deutsche Nationalpartei hat in Kooptationsgärten eine Versammlung einberufen, in der unter anderem D. Traub und Dr. Strömann sprachen. Weitere Profeste gingen aus von der Versammlung der brenkischen Philologen und dem Reichsverband deutscher allierter Unteroffiziere.

Eine Anektionenabgabe gegen den uns angebotenen Gewaltfrieden, die mit einem tausendkönnigen Nein der Versammlung endete, hatte gestern über 6000 Wähler und Wählerinnen von Charlottenburg vereint, die auf den gemeinsamen Ruf der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gekommen waren.

Breslau, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Hier hatten sich viele Tausende an Versammlungen eingefunden, um gegen den Gewaltfrieden zu protestieren.

Profestundgebung der badischen Volkwehr.

Wie uns mitteilt wird, hat die Volkwehr dem badischen Staatsministerium ihre tiefste Entrüstung über die von den verbündeten Feinden dem deutschen Volk aufzunehmenden Friedensbedingungen zum Ausdruck gebracht. Sie hat den aufrichtigen Wunsch, daß es gelingen möge, die Feinde zur Vermeidung der Menschlichkeit und Wahrung der unerfüllbaren Bedingungen zu bewegen. In Treue und Aufrichtigkeit

wird die Volkwehr sich stets ihrer Pflicht bedaukt sein.

Offpreußen ruft zu den Waffen.

Königsberg, 12. Mai. Die Erreuna in der Stadt Königsberg und in der Provinz Ostpreußen ist auf das höchste gestiegen. Man fordert Waffen in Ostpreußen. Auch in Danzig erntet der Ruf: Zu den Waffen!

12. Danzig, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Danzig sind Maueranschläge angebracht, in denen der Oberpräsident und der Kommandierende General die waffenfähigen Männer Westpreußens und Pommerns auffordern, sich sofort den Freiwilligenverbänden und den Grenzschutzverbänden zur Verfügung zu stellen, da die Polen zweifellos Westpreußen angreifen und erobern wollen. Ebenso fanden in Königsberg Maueranschläge gegen den Gewaltfrieden statt. Die Bürgerkammer ist geschlossen, alles aufzubieten, um die Heimat zu schützen. Die Erregung in Stadt und Provinz ist aufs höchste gestiegen.

Polnische Agitation in Obereschlesien.

1. Berlin, 11. Mai.

In Obereschlesien hat in den letzten Wochen eine intensive polnische Agitation eingesetzt. Charakteristisch für die Agitation in denen sich diese Bewegung erhebt, ist ein Protest der Polen, der vom Obersten Volkssatz für Schlesien und von der polnischen sozialistischen Partei unterschrieben ist. Darin beklagen sich die Polen, daß die Arbeiterkammer nicht anerkannt wird und daß die deutsche Bevölkerung von der Regierung Waffen erhält und sich militärisch organisiert, während die Bildung polnischer Bürgerwehren als Landesverrat aufgeführt wird.

Die Polen gehen also dabei noch immer an der einfachen Forderung vorbei, daß Obereschlesien vorläufig wenigstens noch deutsches Gebiet ist und daher die Bildung polnischer Wehren nicht gebildet werden kann. Weiter behauptet der Protest, daß er im Namen von 2 Millionen Polen abgefaßt ist, während die gesamte schlesische Bevölkerung, einschließlich 900 000 Deutschen, nur 2,9 Millionen beträgt. Schließlich beklagen sich die Polen auch über Unterdrückung der Pressefreiheit. Dabei erschien in der „Gazetta Lubowska“ vor einiger Zeit ein Artikel, in dem es u. a. hieß: „Man muß das Verhältnis zu den Deutschen vorläufig noch aufrecht erhalten, denn höher soll man sonst auf die Schänder nehmen.“ Schließlich muß man mit den Deutschen so leben, wie man mit den Schwaben in der Küche lebt.“ Derartige Neukonstruktionen sind unannehmlich in der Presse verbreitet worden, und da wo es die Deutschen, sich noch über Beschränkung der Pressefreiheit zu beklagen.

Die Wriafrage.

Paris, 11. Mai. Man behauptet, daß im Hierverrat die Wriafrage noch nicht wieder angeschnitten worden ist.

Ein englisches Geschwader in den finischen Gewässern.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Stockholm, 12. Mai. In den finischen Gewässern sind in den allerersten Tagen ein englisches Geschwader erwartet, das aus 20 Schiffen bestehen wird und angeblich die Aufgabe hat, den russischen Vorkommnissen zu beobachten.

Amerikanische Truppen gegen Rußland.

Berlin, 11. Mai. Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten soll nach verschiedenen Nachrichten die Absicht haben, ein Kontingent von 8000 Mann amerikanischer Truppen gegen Rußland in Aussicht gestellt haben.

Die deutsche Republik.

Ein- und Ausfuhrwesen.

Reichsfinanzminister Dernburg hat neulich im Reichsausschuß Mitteilungen über die Einhebung eines Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrwesen gemacht und erwähnt, daß ein Kollektivum von drei Ministern, und zwar des Wirtschafts-, Schatz- und Ernährungsamts, einestest ist, das selbständig über diese Fragen entscheiden soll. Wie nun das Reichswirtschaftsamt mitteilt, ist diese Aueheruna Dernburgs dahin richtig zu stellen, daß das Kabinett wohl die Einhebung eines Dreimännerkollektivums beschlossen hat, um die Fragen der Ein- und Ausfuhr zu regeln und deren Technik zu erleichtern. An der grundsätzlichen Politik in Ein- und Ausfuhrwesen hat sich aber nichts geändert; es bestehen noch wie vor die strengen Verordnungen, die Kontrollbewilligungen und die Zertifikatspolitik. Nur soll eine Konzentrierung der ganzen Anwesenheit auf die drei Hauptressorts durchgeführt werden, die die Verantwortung zu tragen haben und unter Vorbehalt des Reichswirtschaftsministeriums stehen. Sollte die Einhebung eines Reichskommissars beschlossen werden

den, die einweisen nur angesetzt ist, so hätte dieser Reichskommissar nur die Bedeutung eines Geschäftsführers zur Erleichterung der Technik. Das Kabinett hat aber darüber noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Obektiv steht fest, daß an den Grundföhen der deutschen Ein- und Ausfuhrpolitik nichts geändert werden soll und das wird auch nicht geschehen, solange der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Bischoff an der Spitze seines Amtes steht. Dazu erklärt das Reichsamt, es seien allerdings grundsätzliche Veränderungen der Ein- und Ausfuhrpolitik bisher nicht befohlen, aber es sollen direkte praktische Maßnahmen getroffen werden, die die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen erleichtern und ansetzen sind, die Arbeitslosigkeit wichtiger Arbeitskreise in Verbindung mit dieser Anwesenheit zu beheben.

Reichswanderungsamt.

Das Reichswanderungsamt für die Ein- und Auswanderung ist seit kurzem in ein Reichsamt für deutsche Ein-, Rück- und Auswanderung umgewandelt worden, das sich „Reichswanderungsamt“ nennt und dem Geheimen Regierungsrat Funk unterstellt ist. Es ist kein selbständiges Ministerium, sondern dem Ministerium des Innern angeschlossen.

Das sächsische Justizwesen.

(Drahtmeldung unterer Dresdener Korrespondenz.)

O Dresden, 12. Mai. Der sächsische Richter tag sprach sich gegen die Vereinfachung der sächsischen Richter durch Volksrichter aus, erklärte jedoch die Notwendigkeit einer vermehrten Besetzung der Richterämter zu Zivilprozessen an. Der Justizminister Dr. Garnitz betonte besonders der Volksrat bedürfe eines ausgezeichneten Gelehrten-Richterkollegiums.

Leipzig befehlt.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Leipzig, 12. Mai. Ueber Nacht ist General Winter mit dem Freiwilligen-Landesjäger-Korps hier eingezogen und hat die Stadt besetzt. Das Jägerregiment Nr. 1 hatte die Aufgabe, die Sicherheitsmaßnahme in der Mairie des 106. Infanterie-Regiments zu entwerfen, was völlig gelang. Weitere Truppenteile bestanden die Hauptpost, die Mar. Schalten, den Hauptbahnhof und die Leipziger Volkszeitung, während General Winter im Hotel „Ankerhof“ das Hauptquartier bezog. Der General ließ seit den frühen Morgenstunden durch Flieger Flugblätter abwerfen, in denen er bekannt gab, daß er die völlige Regierungsgewalt der sächsischen Regierung wieder herstellen und sichern wolle. Dazu müßten die sogenannten Sicherheitsstruppen, die sich auf die spartanische Seite gestellt haben, und die in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen eingegeben werden. Ueber Leipzig und Vororte wurde das Störfeuer verhängt.

6. Leipzig, 12. Mai. (Von unfer. Korrespondenz.) Die Besetzung Leipzigs erfolgte gestern früh 4 Uhr lampflosch durch preussische Truppen. Sämtliche öffentliche Gebäude sind in der Hand preussischer Truppen. Der Augustusplatz gleicht einem Heerlager.

6. Leipzig, 12. Mai. (Von unfer. Korrespondenz.) General Winter ist Gouverneur von Leipzig. Der Führer der Unabhängigen Dr. Geyer soll verhaftet sein. Zwei Spartanisten wurden bei der Besetzung des Volkshauses durch die Truppen verwundet.

Aus den Parteien.

Aus der demokratischen Jugendbewegung.

Die Ortsgruppe der demokratischen Jugend in Rastatt veranstaltete am Samstag einen Unterhaltungsabend, an dem sich die Witkieber und viele Gefinnungsfreunde einfinden hatten. Nach einer Begrüßungsrede des 1. Vorsitzenden Riedel folaten in hunder Reihe ernste und heitere Vorträge. Die erst seit einigen Wochen bestehende Vereinigung hat einen regen Aufbruch; auf ihrem Arbeitsprogramm für die nächsten Wochen stehen lehrreiche Vorträge, die ihren Mitgliedern Gelegenheit geben werden, die einzelnen Kapitel der Politik einnähen kennen zu lernen.

Badische Politik.

Die Auflösung der Soldatenräte in Baden.

Mit der fortschreitenden Organisation der neuen Wehrmacht und dem Abbau des bisherigen Heeres lösen sich auch die zum alten Heere gehörenden Soldatenräte auf. In ihre Stelle treten ehrenamtlich tätige Vertrauensleute. Diese werden nach einem besonderen unparteiischen Wahlrecht, das allen Angehörigen der Truppe Einwirkung sichert, gewählt. Demzufolge werden nun durch das General-Kommando im Einvernehmen mit dem Landesauschuß der Soldatenräte die bei den Truppenteilen bestehenden Soldatenräte aufgelöst, sobald die Gesamtzahl des Truppenteils an Unteroffizieren und Mannschaf-

Badisches Landestheater.

Die Bürger von Calais.

Bühnenpiel in 3 Akten von Georg Kaiser.

Das an dieser Stelle bei der Besprechung des „Nachtaktus“ gewünschte Drama mit einem großen Inhalt, mit einem Aufblitz, mit einer Aufweckung zur Tat ward durch die Aufführung der „Bürger von Calais“ geschenkt. In diesem bis jetzt besten Wert des fruchtbarsten Dichters Georg Kaiser wird in atemberaubend tragischem Geschehen das höchste Ethos gerettet: die Opferart. Sie bringt trotz aller Todeschwere die Überwindung des Gefühls, die Erhebung der Seele, die Kühlung und den Glauben. Das Höchsterreichte einer Dichtung ist damit eingelöst, kein eigentlicher Wert erwieien. Dargestellte Bühnenkunst ist wahrhaftiges Leben selber, ist gleichzeitig höchste Volkserziehung und seelisch wirkender Genuß; sie gibt trotz der tausendfachen vermeintlichen und unvermeidlichen auch Theaterstücke wieder die Gewisheit der schillerischen Bühnen als einer moralischen Instanz.

Dies kurz der Inhalt der äußeren Geschichte: Frankreichs Meer ist geschlossen, Calais in die Hände des Königs von England gefallen. Der Sieger verpflichtet, die Stadt und den Hafen vor der Verfallung zu bewahren, wenn sechs Bürger sich freiwillig dem Opfer stellen. Der Soldat will mit dem Schwert den ausichtslosen Kampf aufnehmen und eher in „Ehre“ untergehen als die Schmach ertragen. Der reiche, kluge und einfluhrreiche Bürger Gustache de St. Pierre jedoch fordert die Rettung des Lebenswertes seiner Mitbürger, des Hafens, selbst um den Preis des schändlichen und grausamen Opfers. Er selbst meldet sich als erster; ihm folgen vier weitere Bürger und zuletzt noch gleichzeitig zwei Brüder, so daß nun sieben todesbereit sind. Das Los soll entscheiden, wer frei wird. Abermals bleibt die Augenweide, denn Gustache hat nur

gleichfarbige Kugeln in die Wahlschüssel gelegt. Nun soll der das Leben behalten, der am Morgen zuerst auf dem Marktplatz erscheint. Sechs Bürger sind zur Stelle, Gustache fehlt. Er ist, seinen Mitbürgern den schweren Gang vorzuleiten, im freiwilligen Tod vorausgegangen. Die Todgeweihten sehen nun reif mit klaren Augen, und ihre Opferart ist durch das Beispiel leichter geworden. Inzwischen wird das Leben den sechs Bürgern geschenkt. In der Freude über die Geburt eines Sohnes gibt der König von England Stadt und Hafen von Calais ohne Opfer frei.

Die dramatische Handlung im höchsten Pöbelischen Sinn, eher fast zu schändlichstark ausgefüllt, aber mit der einen Ausnahme des lächerlichen, auch sonst artifiziell anmutenden Abschiedsmahles, klar und spannend sich feiernd, ist die wahrvolle und dichtersureigene Entwicklung der Charaktere der sich opfernden Bürger von dem jähsawfallenen Ergebinis bis zum freudigen und bedingungslos überzeugten unelbstlichen Opfertod. Um des Werts und des höchsten Gutes der Stadt, des Hafens, willen, gewinnt Gustache schnell die Bürger. Er steht aber ganz in die Tiefe des Menschenberzens; zweimal noch läßt er sie im Begleiter läutern, als durch den siebten Mann einem die Hoffnung auf Leben bleibt. Die Bemühungen treten an den Einzelnen heran, leise und laut in der eigenen Brust, in dem Freund, der Mutter, der Gattin, dem Kind, der Geliebten. Darum scheinen die Männer noch nicht zu reifem Willen, zur Aufgabe der eigenen Person, zum höchsten Lebensbeweis bereit. Das Volk hat, das will nur den Lebenden und schreit von Verrat und Trug, als bei der letzten Erwerbung Gustache nicht auf dem Marktplatz erscheint. Erst der Tote wird allen lebendiges und leuchtendes Symbol und Vorbild des nicht nur freiwilligen, sondern wirklich ganz freien Überwindens.

In nicht leichter Diktion — die Schauspieler werden zu memorieren Mühe genug gehabt haben —, aber in harter und eigener Prägung, in langen

Neben oftmals rhythmischer Prosa und schwer eingehenden Wendungen zieht das Bühnenbild als Fresco dahin. Ort, Zeit, Nation sind an sich gleichgültig; es geht nur um den tragischen und diamantharten Gedanken. Der löst sich erst zur vollen Arbeit am Schluß, daher erklärt sich die stumme Aufnahme des mit der Kaiserlichen Dichtung nicht Vertragen, ergebnislos Aufschauers. Bei der Karlsruhe Aufführung ging der erste Akt mit seiner allerdings sehr schwer fasslichen Exposition in gänzlichiger Zurückführung vorüber, die Anteilnahme steigerte sich kaum nach dem zweiten und nahm erst am Schluß eine beschwerende Wärme an. Das sollte geteilt die Theaterleitung nicht abhalten, Dramen wie Georg Kaisers „Bürger von Calais“ immer und immer wieder zu bringen, bis wir ein Publikum haben, das sich auf gedanklich hohe Bühnenkunst einzustellen vermag. Das hat mit Erpressungskennende gar nichts zu tun. Erpressungskennende sind die Dichter von Homer bis heute. Es gibt nur Leute, die Dichter sind und solche, die allem zufällig Zeitlichen abgeben, im Thema und groß genommen im Dramatischen Gebell und Kläff die „Bürger von Calais“ verfaßt haben — wenn dergleichen Gedankenstränge nicht zu Unwürdigkeiten führen. Wir können dem Dramatiker und Regisseur Dr. Knoetze für dieses wertvolle Abschiedsgeschenk nur herzlich dankbar sein. Wenn der äußere Erfolg ausbleibt, so sind neben den erwähnten Gründen die gegenwärtigen gedankenschwangeren Tage schuld. Das Herz framt sich bei den hohen Reden um Frankreich „Ehre“ in Scham und Schauer zusammen laufend Parollen und graufame Beziehungen dazwischen bei dem Geschehen da oben auf den Brettern das deutsche zu Tod gemarkete Ein...

Mit Rücksicht auf die unzulänglichen Bühnenmittel des Stadttheaters konnte ein schon durch Kraft und Gewalt der Szenen bezwingender äußerer Eindruck nicht erzielt werden. Dank der gelassenen und einblühenden Diktion in Szene und Wort jedoch fand die Aufführung auf sehr beachtenswerter

Söhe. Da war der klare und ausdrucksvolle Bürgermeister der Stadt Calais des Veltz Baumbach, der der schon als schwerfällige und dunkelwörtig erwähnten Exposition zur Auswirkung verhalf. Der Führer der Handlung, Gustache de St. Pierre, ward von Fritz Herz treffend in heroisch-weiser Gestaltung verkörpert. Im übrigen handelt es sich bei dem bildhaften und laudbaren Drama mehr um im guten Sinn dekorative und planmäßige Figuren als um tieflich zu analysierende Menschen. Wo sie auftraten, gab es nur ein bedeutsames deklamatorisches Vorübergleiten. Es seien aus dem großen Zahl der vorzöfliche Hauptmann des Paul Beder, der englische Offizier des Paul Paschen, der blinde Vater des Paul Müller, die Danfeller der sechs Bürger und der Frauen genannt. Dabei ist sich der dankbare Zuhörer wohl bewußt, welche schwere Arbeit gerade die kurzen — in Gottes Namen denn erpreffenswürdig-gerell herausgestellten Epitaphenrollen für die Künstler und den Regisseur verlangen. Wie ja auch ein Werk wie Kaisers „Bürger von Calais“ selbst in einem kurzen Bericht nur andeutend bewertet werden kann.

Karl Jobo.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Universität Freiburg. Unter dem Namen „Institut für physikalische Heilkunde an der Universität Freiburg“ ist mit einem Kapital von 500 000 Mk. die ein nicht bekannt sein wollender Wohlthäter spendete, eine Landesstiftung mit dem Sitz in Freiburg errichtet worden. Zweck der Stiftung ist die Errichtung und der Betrieb eines Instituts für physikalische Heilkunde, das an die Freiburger Universität angegliedert ist. Zu den Aufgaben des Instituts gehören insbesondere: Die Erziehung, Lehre und Behandlung aller Zweige der physikalischen Heilkunde unter besonderer Berücksichtigung der Hydrotherapie und der Orthopädie — Dr. theol. August Neak (aus Mainz) erhielt in Freiburg i. Br. die venia legendi für Dogmen-

ten die Zahl 800 nicht mehr erreicht. Bei allen Verhörden, Anstalten, Schulen usw. das aufzulösende Friedensheeres treten Vertrauensleute an die Stelle der S. M. A., eine Maßnahme, die bei uns in Baden schon fast durchweg durchgeführt war, da hier infolge der neutralen Zone bei den meisten Behörden keine S. M. A. bestanden durften. Die Kranken der Lazarette und das Spitalpersonal wählen jeweils für sich ihre Vertrauensleute, um beiden Kategorien, von denen die letztere ihrer Zusammenfügung nach dauernd wechselt, eine Vertretung ihrer Wünsche zu sichern.

Die Standort-S. M. A. treten ebenfalls zurück und führen die Abrechnung der laufenden Geschäfte bis 30. Mai durch. Standorte des alten Friedensheeres und der Reichwehr haben in Zukunft demnach keine Standort-S. M. A. mehr. Der Landesausführer der S. M. A. Baden beim General-Kommando 14. A. S. in Durlach verleiht seine Geschäfte weiter und arbeitet die noch laufenden Angelegenheiten auf, um sich dann entsprechend der Annahme der Truppenziele zu vermindern.

Gemeindevahlen.

Im Bezirk Eitenheim haben sich Einigungsverbündungen der drei größten Parteien zu den Gemeindevahlen kurz vor Abschluß erschlagen weil die Personentrage nicht zur vollen Zufriedenheit selbst werden konnte. Ein Antrag „Reiniger Bürgerlicher“ findet nun allen Parteien Kampf aufs Messer an.

Badische Landwirtschaftskammer.

Die Tagesordnung der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer, die am 14. Mai, vormittags 10 Uhr (nicht 9 Uhr) beginnt, ist um folgende Gegenstände erweitert worden: Vertretung der Bauern bei der Landwirtschaftskammer in deren Abwesenheit; Neuwahl der Vertreter in den Bad. Eitenheim und den Deutschen Landwirtschaftskammer.

Aus Baden.

Manheim, 12. Mai. In selbstmörderischer Weise legte sich in der Nähe der Station Kamperheim ein 18jähriges Mädchen vor den einfahrenden Zug. Sie wurde beiseite geworfen, ohne schwere Verletzungen erlitten zu haben.

Heidelberg, 12. Mai. Das Gewerkschaftskartell hat bei der Stadtverwaltung den Antrag gestellt, die Herstellung aller Fleisch- und Wurstwaren für die Lebensmittelversorgung der Stadt Heidelberg in eigene Hände zu übernehmen und das Schlachten und Wurstmachen in Privatbetrieben zu verbieten. Schlecht rennende Metzgereibetriebe sollen sofort geschlossen und die Metzger bei der Stadt als Gehilfen beschäftigt werden. Die Fleischfabrikation soll ganz in städtischer Regie betrieben werden.

Lahr, 12. Mai. In einer Versammlung der organisierten Arbeiterklasse wurde die Zusammenlegung der vielen kleineren Bäckereibetriebe verlangt, um die Verbilligung des Brotes sowie eine Meisterparnis herbeizuführen, zugleich eine bessere Kontrolle über den Mehlverbrauch zu ermöglichen.

Zell i. B., 12. Mai. Der Bürgerausschuß beschloß die vollständige Einführung der Lehrmittelfreiheit und stimmte dem Vorschlag zu. Der Umfang beträgt 40 Bg.

Bonnndorf, 12. Mai. Die Gendarmerie hielt ein Patrouille aus, in dem für 10000 Mark Schweizerfranken nach Freiburg geschmuggelt werden sollten.

Heberlingen, 12. Mai. In der Nähe von Lindau ließ eine militärische Grenzpatrouille in einer der letzten Nächte mit vier Männern zusammen, die die österreichische Grenze auf unerlaubte Weise überschreiten wollten. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem einer der Männer verhaftet, den Posten zu erreichen. Während die drei anderen Schmuggler entflohen, konnte der Angreifer durch einen Schuß niedergestreckt werden.

Babich-Rheinfelden, 12. Mai. In einem Walde bei Maulburg ist die Leiche des ermordeten Schmugglers L. Kreuz aufgefunden worden.

Konstanz, 10. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte in jüngster Sitzung sämtliche auf der Tagesordnung stehenden Punkte. Für die Erneuerung des Lechniums werden zusammen 300 888 M. aufgenommen, für Kriegsmobilien und Familienunterstützungen ein Kredit von 1 201 021 M. und ein Anleihen von insgesamt 6 Millionen Mark. Stadtverwaltungsrat Schreiber machte bei diesen Punkten interessante Ausführungen über die finanzielle Lage der Stadt. Die früher aufgenommenen Schulden sind fast vollständig und die Heimgeldzahlung geregelt. Die Stadt hat 7 170 888 M. schwebende Schulden. Man werde die jetzt schwebenden Schulden in feste Schulden umwandeln, denn der Zeitpunkt sei gerade jetzt außerordentlich günstig. Die weiteren Punkte betrafen die Befreiung des Lagermoos, verschiedene Weggebühren an Beamte, Geländetausch und neue Fassung des Kreisstatuts. Zum Schluß der Sitzung, die in der ersten Bürgermeisterversammlung am nächsten Sonntag abgehalten wurde, gab der Obmann des Stadtverwaltungsrates bekannt, daß er dieses Amt niederlege. — Das bekannte Hotel Salm am Bahnhof ging in den Besitz des Bahnhofskaufmanns Augustin in Stuttgart über.

Aus dem Stadtkreise.

Ein Blütensonntag von seltener Schöne ging dahin. Die Temperatur war bereits auf „sommerlich“ gestiegen. Mit dem Blütenzauber der Bäume weitete sich das hell-

duftige Kleid. Überall zog es Scharen von Menschen in die Wälder und auf die Höhen. Von hier hatte das Auge oft Mühe, all die weißen und zartrosa getönten Blüten blühender Apfel- und sonstiger Bäume zu übersehen. Mancherlei Hoffnung regte sich da. Aber schon machen die Eisigkeiten grimmige Miene, um zu sprechen. Pantratus, Servatus und Bonifatius, die mit dem heutigen Tage beginnen, bringen sehr oft einen starken Rückfall der Temperatur, der von allen Landwirten und Bauern mit Recht gefürchtet wird. Auch die „kalte Seite“, der 15. Mai, gehört noch dazu. Diese Kältefälle im Mai, die man von alterher beobachtet hat, sind die Folge der starken Erwärmung des südsüdlichen Europas. Dadurch entsteht ein Luftdruckminimum, während im Westen und Norden ein höherer Luftdruck herrscht, womit sich die Zeit vorrückende nördliche Windrichtung erklärt.

Einmalige Feuerungsanläufe an die städtischen Bediensteten. Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung dazu geben, daß die am 1. Mai 1919 voll beschäftigten Beamten und Beamtenanwärter der Stadt, der Stadtschulrat, der Rektor und die Lehrer an den städtischen Volksschulen, der Professor des städtischen Krankenhauses und die Stadtbauarbeiter eine einmalige Feuerungsanläufe nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhalten: 1. Die Feuerungsanläufe betragen: a) für Verheiratete 500 M., Verheiratete mit Kindern erhalten außerdem für jedes zu berücksichtigende Kind 50 M., b) für Ledige 350 M., Ledige, die aus dem 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben 175 M.; 2. Die Feuerungsanläufe werden, wenn der Bedachte mindestens 1 Jahr in städtischen Dienst beschäftigt war, im vollen Betrag gewährt, andernfalls erhält er für jeden vollen Monat der Verwendung ein Zwölftel dieses Betrages. Die Unterbrechung der Dienstzeit durch Teilnahme am Krieg bleibt bei den Beamten und neuen Bediensteten und Arbeitern, deren Bewähre (ohne oder mit Anrechnung der Familienunterstützung) weiterbeschäftigt wurden, unberücksichtigt. Bei den anderen Bediensteten und Arbeitern wird die Dienstzeit bis zu ihrer Einberufung und nach ihrer Rückkehr zusammenzurechnen, falls sie den Dienst alsbald wieder angetreten haben; 3. falls die Voraussetzungen von Nummer 2 Satz 1 gegeben ist, erhalten auch jene verheirateten Beamten, Lehrer und Arbeiter, die infolge von Kriegs-Gefahrenschäden, Verlesung oder Verleiden den Dienst noch nicht wieder antreten konnten, die Feuerungsanläufe; 4. Die Bestimmungen einer früheren Wäraausführungsvorlage finden entsprechende Anwendung; 5. Städtisch ist der 1. Mai 1919. Der Aufwand mit rund 1 680 000 M. soll aus laufenden Mitteln bestritten werden.

Post- und Zahlungsverkehr mit dem besetzten Gebiet. Von jetzt an dürfen Esjaktile, die zu Inkassoforderungen von Kraftwagen, Maschinen und Apparaten unbedingt erforderlich sind, in gewöhnlichen Paketen aus dem unbesetzten Deutschland in die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete eingeführt werden. Im Verkehr mit der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elsass-Lothringen und Brückenopfergebiet) sind jetzt Postkarten in Privatangelegenheiten, sowie Privatbriefe in sehr wichtigen Angelegenheiten ausgelegt. Die Bestimmungen über die Zulassung von Zahlungen aus der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elsass-Lothringen und Brückenopfergebiet) nach dem unbesetzten Deutschland, die durch Postanweisung, Postcheck, Leberweisung und Zahlart: bisher allgemein bis zu 50 M. erlaubt waren, sind erweitert worden: bei Beträgen über 50 M. (eine Höchstgrenze ist nicht festgelegt) müssen die Absender jeder Sendung folgende von ihnen unterschriebene Bescheinigung beifügen oder auf ein Bordrouten niederreiben:

„Der Unterschriebene bescheinigt hierdurch, daß seine Sendung von ... M., welche durch ... (Name) angefertigt worden ist, wegen (Grund: Handelsreisende, Versicherungsprämienzahlung, Sparschneid, Sanzsimen, Pension oder Leihrente) veranlaßt worden ist.“

Aus dem unbesetzten Deutschland nach dem Brückenopfergebiet von Rehl, jedoch nicht in umgekehrter Richtung, sind Postanweisungen und Zahlungsanweisungen zugelassen.

Gartenbauverein. In der jüngsten Monatsversammlung hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein an der Technischen Hochschule hier einen Vortrag über die richtige Düngung im Kleingartenbetrieb. Zur Ernährung der Pflanzen sind 7 Stoffe erforderlich: Stickstoff, Calcium, Magnesium, Eisen, Phosphor und Stickstoff. Im Stallmist sind Kalium, Phosphor und Stickstoff im gleichen Verhältnisse vorhanden; die Wirkung des Stallmistes ist eine doppelte; er führt dem Boden Nahrung zu und trägt zu seiner Verbesserung bei, während künstliche Dünger bei längerer Anwendung den Boden verfrachten. An Erntestoffen für Stallmist, der natürlich immer der beste Dünger bleibt, sind zu nennen: Gillsalpeter, enthält 14-16 % Stickstoff; im Frühjahr kurz vor dem Pflanzen in den Boden zu bringen. Schwefelsaures Ammonium, enthält 20 % Stickstoff, im Frühjahr zu geben. Thomasmehl, enthält 10-20 % Phosphorsäure, wird gewonnen aus der Thomasschlacke, einem Nebenprodukt aus Eisenerzen; wird im Boden nur langsam bearbeitet und sollte deshalb längere Zeit vor dem Pflanzen — am besten im Laufe des Winters — in den Boden gebracht werden. Leichter löslich ist das Superphosphat und kann deshalb noch kurz vor dem Pflanzen angewendet werden. Kalium ist in den Stickstoffhaltigen zu 13 % enthalten. Außerdem können verwendet werden: Jauche, sie enthält viel Kalium, ist dagegen an Phosphor, Kalium und Stickstoffarm, die letztere enthält keinen Stickstoff. Der durch eine Reihe

lehrreicher Lichtbilder unterstützte Vortrag fand dankbare Aufnahme; die übliche Blumenverlosung beschloß den anregend verlaufenen Abend.

Diebstahlsgeld. In einer Feldhütte in Mühlburg wurden in der Nacht vom 9./10. d. M. 2 Riegen abgeholt und entwendet. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Vier Burdigen im Alter von 17-19 Jahren, die sich arbeitslos hier herumtrieben und gemeinschaftlich Geflügelställe verübten, wurden am 9. d. M. dabei erwischt, als sie 2 in Dazlanden an der Alb gestohlene Enten bei einem hiesigen Geflügelhändler abzugeben versuchten. Die Burdigen wurden verhaftet.

Standesbuch-Auszüge.

Eheausgabe. 10. Mai. Josef Sed von Studerich, Badrath, in Durlach, mit Frieda Keller von hier; Theodor Klotzer von Weingarten, Met.-Bezir hier, mit Karol, Kräger von Sulzfeld; Karl Kaufmann von hier, Veri.-Beamter hier, mit Anna Summel von hier; Jakob Hieselm von Wundheim, Kraftfahrer hier, mit Elise, Ziehm von Wöhrle; Gust. Hermann von Gernsbach, Schlosser in Durlach, mit Frieda Pfeifer von Welf; Wilhelm Keite von Welf, Met.-Bezir hier, mit Frieda Schrotz von Durlach; Ernst Schiele von Zeiningen, Eisenbahnretzler hier, mit Emma Köpfe von Welf.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Gegen Fälschungen des amerikanischen Mehls.

Durch einen Teil der Presse geht eine Notiz, aus der hervorgeht, daß in Berlin bereits Fälschungen mit dem amerikanischen Weizenmehl vorgenommen wurden, d. h. daß von einzelnen Händlern das Weizenmehl mit Schwarzmehl vermischt zum Verkauf gebracht wurde. In diese Mitteilung knüpfen sich naturgemäß Befürchtungen, daß ähnlich wie in Berlin, auch bei uns mit dem amerikanischen Mehl verfahren werden könnte. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß das Mehl, dessen erste Sendung dieser Tage erwartet wird, unmittelbar von Rotterdam nach Mannheim verfrachtet wird; von dort erfolgt die Verteilung an die Kommunalverbände, die die Verteilung an die Verbraucher regeln. Die Kommunalverbände werden den Verkauf aufs strengste überwachen und dafür Sorge tragen müssen, daß das Mehl unverfälscht an die Verbraucher gelangt. Zu diesem Zweck wird das Ministerium des Innern die Kommunalverbände anweisen, den Vertrieb des auswärts herbeigekommenen Mehls nicht auszuweiten, die Mehlverpackung auf 50 Kilogramm auszumachen, inländisches Mehl zu verkaufen, sondern den Verkauf besonderen Stellen zu übertragen.

Die Bekämpfung Schwerbeschädigter.

Der Reichsminister für wirtschaftliche Demobilisation hat durch Abänderung der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter bestimmt, daß Schwerbeschädigte frühestens am 1. Juli 1919 als kündigt werden darf. Frühere Kündigungen sind erst ab diesem Zeitpunkt wirksam. Etwa schon entlassene Schwerbeschädigte können, sofern sie nach Inkrafttreten dieser Verordnung die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber wieder aufnehmen, für die infolge der Kündigungen nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne auf Nachleistung verpflichtet zu sein. Der Arbeitgeber kann eine etwa aus Anlaß der Kündigung bewilligte Abfindung zurückfordern.

Soziale Fürsorge.

Der Wert der Behelfsprojekten.

Am Reherne-Lazarett Ettlingen hielt vor. Veratern, Vertretern der Kreisärzte und Kreisgesundheitsbeamten und den Kreisbeschäftigten Dr. med. F. H. S. Stotzmann über den Wert von Behelfsprojekten.

In sachlicher Weise schilderte der Redner die Schwierigkeiten, die sich bei der Verlegung der Amputierten mit zweckmäßigen Verabreichungen darbieten. Solange der Amputationsstumpf nicht abheilt ist und noch Formveränderungen durchmacht, bedarf der Amputierte ärztlicher Behandlung. Nicht nur der Amputationsstumpf braucht Behandlung, auch physisch muß der Arzt auf den Patienten einwirken, seinen Lebensmut fördern, unbeeinträchtigt und den Willen lebendigen Bedenken beseitigen. Ein richtiges Zusammenarbeiten von Arzt, Techniker, Kreisärzte führt zum Ziel. Für die Vertiefung von Behelfsprojekten ist gerade die Mitarbeit der Amputierten, insbesondere der amputierten Dandverletzte außerordentlich wertvoll. Die ersten Erprobungen müssen physiologisch durchdacht, einfach, leicht, stabil, rasch und billig herstellbar sein. Nur dann können sie dem jeweiligen Zustand des Stumpfes entsprechen. Erst aus dem Tragen solcher Erprobungen ersehen sich die Richtlinien, die für die Anfertigung eines endgültigen (Dauer-) Erprobungsbrechens brauchbar sind. Die Gesundheitspunkte stellt der Arzt fest, der Techniker fertigt aus diesem Material, das er genau auf Stabilität, Gewicht und Dauerhaftigkeit prüft, ein Dauererprobungsbrechens an.

Den Amputierten wurde angeteilt, wie wertvoll diese wissenschaftlichen Grundröße sind, daß es gelungen ist, auf dem Wege wissenschaftlicher Heilbehandlung doppelseitige Oberextremitäten amputierten ein Gehen ohne Stock wieder zu ermöglichen und sie soweit zu bringen, daß sie selbst auf unebenem Boden gehen und weichen Boden in anderer Weise sicher gehen erkennen.

Ein doppelseitig oberextremitätenamputierter Kreisinvalid trägt einen neuen, von Dr. Fruchs konstruierten Stütz- und Gehapparat. Er sieht den Am-

putierten, daß er ohne Stock sicher und mit guter Körperhaltung gehen, sich auf einer Brotkruste abstützen und umdrehen kann.

Der Vortragende beschreibt die Entwicklung und Bedeutung dieser „Hebungsstühle“. Grundlegend für den Bau des Hebungsstuhles war der „Stützstock“, den Prof. v. Baeyer vor 24 Jahren im Lazarett eingeführt hatte.

Als Vorläufer des Stuhles gegenüber den ungeschickten und schädlichen Krücken kommen nach von Baeyer in Betracht: Abhärtung des Stützstockes, Vermeidung von Gelenkverletzungen der Hüfte, Verfall der durch Druck auf die Armmerven bedingten Krückenlähmung, das Kreibreiben beider Arme zu beliebigem Gebrauch. Bei gleichzeitiger Vermeidung eines Armes kann der Stützstock ebenfalls Anwendung finden. Die Befestigung des Stuhles an Stumpfen verlaufenen, in einen Stock nach unten verlaufenden Brettes, das durch Reizen des Stuhls beinhalten als Hauptbefestigungspunkt trägt, ist kraftschlüssig, d. h. je stärker die Belastung, desto fester schließt der Stützstock am Stumpf an.

Als weiterer praktischer Vorzug kommt nach Laue, München, die Möglichkeit hinzu, daß der Stützstock jeder Beinlänge und Stumpfweite ohne weiteres angepaßt werden kann.

Auf diese Vorzüge besitzt auch der Hebungsstuhl. Dazu kommt noch, daß das Körpergewicht möglichst gleichmäßig auf die Brotkruste verteilt werden kann, was durch Stützflächen (nicht Stützpunkte) sowie durch eine Stützpelotte erreicht wird.

Der Reiztrenten ist breiter und besonders anpassbar, sowie in der Höhe verstellbar. Die Anpassung erfolgt durch Traxorien, die an einem Drillschilde (Traxowelle) anreifen und so die Schultern in nicht mehr fühlbarem Maße belasten, außerdem die Arme nicht beeinträchtigen. Von Anfang an wird eine gute Körperhaltung erzielt.

Das Gehen geschieht nach dem Beispiel Spettmanns zuerst mit kurzen, dann immer längere werdenden Schritten, bis schließlich der normale Beinläufe entbehren. Nicht tragfähige Stümpfe, wie sie nach Radambulativen beschaffen sind, werden beinhaltenfähig durch Abhärtung mit Druckpelotte nach erfolgter Wundheilung und Reizung der Wunde. Durch die Druckpelotte kann in schonender Weise die Belastung des Knochens willkürlich beeinflusst und ein solbier Knochenweichheitsstumpf erzielt werden.

Eine Vorrichtung entsprechend jener an Säuerstoffsäulen gestattet sicheres Gehen auf jedem Boden und ist besonders wichtig für Landwirte.

Sport.

Schwimmfest in Heidelberg.

Am gestrigen Sonntag veranstaltete der Heidelberger Schwimmverein „Nitar“ im dortigen Hallenbad ein Wohltätigkeits-Schwimmfest, das neben Schau- und volkstümlichen Vorführungen auch mehrere Wettkämpfe brachte, bei denen auch die beiden Karlsruher Schwimmvereine „Neptun“ und „Poseidon“ sich mit Erfolg beteiligten. Die Wasserfeste genannt „Poseidon“ Karlsruhe mit der Mannschaft „Nitar“ Heidelberg und „Neptun“ Karlsruhe. Im Seniorenschwimmen (96 m) blieb Wörpers-Nitar Heidelberg erster gegen Stetter-Karlsruhe, während Jul. Wörpers-Nitar Karlsruhe das Seniorenschwimmen gewann und D. Groß-Karlsruhe das Seniorenschwimmen gewann konnte. Die Jugendwasserfeste brachte der Mannschaft des „Neptun“ Karlsruhe (Halt, Alexander, Ries, Bierhalter) einen schönen Sieg gegen Obercollschule Heidelberg und „Nitar“ Heidelberg. Ein Wasserballspiel „Nitar“ Heidelberg gegen „Poseidon“ Karlsruhe endete nach hartem Spiel mit 12:2 Toren zugunsten Heidelberg.

Hockey. In Heidelberg traf sich gestern früh zum Hockey-Wettkampf die Hockey-Abteilung Frankfurt 1880 und Hockey-Club Heidelberg. Die Frankfurter Mannschaft, die äußerst spielfest und in dieser Spielzeit noch ungeschlagen ist, konnte in guter Form mit 7:3 Toren gewinnen.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Orts-Zeit:	Barom. man in O.	Therm. in O.	Wind, l. des.	Wind, r. des.	Wind, h. des.
11. Mai Karst. 12.00 U.	756,4	13,1	10,6	49	33
11. Mai Hebd. 12.00 U.	755,0	17,3	10,6	71	33
12. Mai Hebd. 12.00 U.	757,5	15,3	10,6	62	33

Höchste Temperatur am 11. Mai 23,2, niedrigste in der Nacht 13,5. Niederschlagsmenge (ohne Regen) 12. Mai 0,5 mm.

12. Mai 11. Mai

Schneefall ... 2,17 m

Reif ... 3,21 m

Wasser ... 4,97 m

... mittags 12 Uhr

... abends 6 Uhr

Mannheim ... 4,25 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

4,34 m

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 5. Mai bis Samstag den 17. Mai 1919 wird in der Wasserwerkstraße und Nebenstraße die mechanische Reinigung des Wasserrohrstranges sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen. Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Störungen des Wassers aus in den entfernteren Abzweigungen nicht vermeiden; seltweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. Karlsruhe, den 3. Mai 1919.

Stadt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Der Ankauf einer Violine ist Vertrauenssache.

Wir bieten volle Garantie für preiswerte Instrumente. Große Auswahl von der einfachsten Schulgeige bis zum volltönigen Soloinstrument.

Odeon-Musikhaus

Karlsruhe, Kaiserstraße 175, Tel. 339.

Daniels Konfektionshaus

Wühelstr. 34, 1 Tr.

Neu eingetroffen:

Frühjahrs-Paletots

Mk. 75.- an.

MöBEL

Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, EB-u. Herrenzimmer, Küchen, fertige Betten

Große Auswahl in Sofas sowie Einzelmöbel.

Möbelmagazin Karl Ehrfeld

Zähringerstr. 74

Telephon 102.

Pläne, Zeichnungen etc.

schnellste und beste Vervielfältigung bei

S. Thoma Nachf.

Elektrische Lichtpausanstalt

Kaiser-Allee 29

Telephon 5026.

A. Mulfinger

Dorfstraße 8.

Telephon 1700.

Elektr. Licht- u. Kraft-Anlagen

Telegraphen- und Telephon-Anlagen

Wahlampen, sämtliche Bedarfsartikel

Grund & Dehmichen

Tel. 520.

Waldstraße 26.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

Tel. 520.

